

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post porto frei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Harmond-Spaltenszeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel von 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

# Laibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Das Justizministerium hat die Präkurs-Adjunkten Dr. Cesare Gemma in S. Pietro Incariano und Emilio Cavaliere Manfroni in Este zu Rathsekretairen und Staatsanwalts-Substituten, ersteren bei dem Landesgerichte in Padua, letzteren bei dem Landesgerichte in Verona ernannt.

### Kundmachung.

Nach dem Durchschnittskurse vom Monate Februar sind die im März verfallenden National-Anlehens-Zinsen mit 46 pCt. Aufgeld zu bezahlen.

Vom k. k. Finanzministerium.

Wien, den 1. März 1861.

## Nichtamtlicher Theil.

### Nationalitäten und Racen \*).

Die venezianische Frage, welche schon manche treffliche publizistische Arbeit in der Tagesliteratur veranlaßt hat, ist nun auch der Gegenstand eines größeren Werkes geworden, welches die ephemere Bedeutung von einzelnen Artikeln und Flugchriften weit übertrifft. Julius Fröbel, ein politischer Schriftsteller, dem Niemand eine seltene Unabhängigkeit und Originalität des Denkens abstreiten wird, hat die venezianische Frage zum Ausgangspunkt genommen, um die Studien, welche er über das Wesen der Völker und Racen auf beiden Seiten des atlantischen Ozeans in umfassender Weise gemacht, zu einem Ganzen zu verarbeiten. Wir übergehen, was er über den Werth sagt, welchen das italienische Gebiet dießseits des Minio für Deutschland hat; wir übergehen eben so den Theil seiner Schrift, in welchem er das sogenannte Nationalitäts-Prinzip, den Lieblingsgedanken des demokratischen Liberalismus, daß nämlich die Staaten der Welt racen- und stammesmäßig sich abgrenzen, der schärfsten Kritik unterzieht, sondern theilen nur einige seiner Aperçus über Nationalitäten und Racen mit. Der große geistige Hebel, welcher in unseren Tagen zum Umstürze des europäischen Staatensystems angelegt worden ist, besteht in dem sogenannten Nationalitäts-Prinzip. Die Gefährlichkeit der Gedanken und Vorstellungen beruht in ihrer Unklarheit. Darum ist auch ein vollkommen klarer Gedanke niemals revolutionär, und das einzige Mittel, das Nationalitäts-Prinzip seiner Gefährlichkeit zu berauben, besteht darin, die in dem Gedanken eingeschlossenen verworrenen Vorstellungen zu scheiden und aufzuklären. Viel ist an dieser notwendigen Arbeit schon gethan worden, und man sollte kaum glauben, daß noch Weiteres zu thun wäre. Es fehlt aber immer noch an der Aufklärung gewisser zusammengehöriger politischer Grundbegriffe als Voraussetzung jedes entscheidenden Verständnisses. Denn, was helfen alle Widerlegungen, die aus der Gegenwart und Vergangenheit hergeleitet werden können, wenn der Begriff der Nation in einem Athem in ganz verschiedenem Sinne gefaßt wird? In einem Athem wird den Ungarn und Italienern im Namen des Nationalitäts-Prinzips das Recht der Unabhängigkeit zugesprochen, und doch müßte Ungarn in eine Menge unabhängiger Staaten zerfallen, wenn das Nationalitäts-Prinzip in dem auf Italien anwendbaren Sinne auch auf Ungarn angewandt werden sollte.

Unter der ungarischen Nation, hat Rossuth erklärt, verstehe er die Bewohner Ungarns, welcher Race sie auch angehören mögen; und in gleichem Athem wird behauptet, daß Oesterreich ein Staat

ohne Nation sei, weil es aus so viel Racen bestehe. Das erste Mal ist die Nationalität als politischer Begriff verstanden, und die ungarische Nation besteht danach aus den Unterthanen der ungarischen Krone; das zweite Mal als ethnographischer oder vielmehr zoologischer, denn die verschiedenen Racen und Stämme des Kaiserstaates sollen eben so viele verschiedene Nationen darstellen. Die österreichischen Polen mit den russischen und preußischen Polen, die österreichischen Italiener mit den sardinischen Italienern sollen zu einer Nation gehören: dem Kaiserstaate als Ganzem aber soll eine Nationalität fehlen, die doch dem Lande Ungarn als Ganzem zugesprochen wird, obgleich gerade das Land Ungarn das eigentliche ethnographische Kabinett des Kaiserstaates ist. In die nämliche Doppelzüngigkeit gerathen die Czechen mit ihren Ansprüchen auf abgesonderte Stellung im Reiche. Nach dem Racenprinzip würde das Land Böhmen ebenfalls verschiedene Nationen enthalten, zwischen denen innere Streitigkeiten so unvermeidlich wären, wie zwischen den Racen und Stämmen Ungarns. Wohlweislich sprechen die Führer der czechischen Bewegung daher von den „Rechten der Krone Böhmens“, womit das Bestreben auftritt, eine allgemeine böhmische Nationalität, im politischen Sinne, zu gründen. Also gerade wie die Magyaren verstehen die Czechen das Nationalitäts-Prinzip für sich im politisch-historischen, gegen Oesterreich aber im ethnographisch-linguistischen Sinne. Die Polen in Galizien verfahren auf die nämliche Weise. Denn wenn sie von einer politischen Nationalität sprechen, so lassen sie darum noch nicht eine ethnische Nationalität gelten, welche doch in Galizien die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht; unter der polnischen Nationalität verstehen sie nicht den ethnographisch-linguistischen Begriff der Racen- oder Stammeseinheit, sondern den politischen Begriff, welcher aus der Erinnerung an ein gewisses Polnisch Reich entspringt. Nach dem Racenprinzip würden in Galizien neben den Ruthenen und Polen auch noch die Rumänen, die Deutschen, ja sogar die Juden (und diese hier wie allerwärts) als besondere Nationen in Betracht kommen. Daran denkt freilich Niemand. Aber dieselben Menschen, welche zu Gunsten Polens den Begriff der Nationalität im politischen Sinne anwenden, machen davon zum Nachtheile Oesterreichs im ethnographisch-linguistischen Sinne Gebrauch. Dieß gilt namentlich von den Engländern.

Will man bei dem Begriffe der Nation den Nachdruck auf die Geburt legen, so ist hervorzuheben, daß auch damit noch nicht das Racenprinzip gewonnen ist. Denn die Geburt, im politischen Sinne, ertheilt den politischen Charakter des Landes, nicht der Eltern. Wer auf dem Gebiete des vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland, ja sogar wer auf britischen Schiffe geboren ist, gehört zur britischen Nation, mögen seine Eltern Potokuden oder Azteken gewesen sein. In diesem Sinne, im Sinne der Geburt, besteht die deutsche Nation aus den Leuten, welche in Deutschland geboren sind und sich nicht später anderwärts naturalisirt haben. Welcher Nation oder Race die Eltern angehörten, ist dabei ganz gleichgültig, sonst dürften z. B. die Juden, welche wir ein so wesentliches Element aller Kulturvölker ausmachen sehen, nirgends mit zur Nation gezählt werden. Die Nation im Sinne der Geburt besteht aus den Eingebornen eines Landes, nicht aus den Sprößlingen eines Stammes, und Nationalität im Sinne der Geburt ist nicht Racengemeinschaft, sondern Landesmannschaft. Damit werden wir auf dem politischen Boden festgehalten, denn unter einem Lande verstehen wir vor allen Dingen das Gebiet eines Staates. Freilich hat man schon viel von „natürlichen Ländern“ gesprochen, deren Grenzen die sogenannten „natürlichen Grenzen“ sein sollen. Aber diese Vorstellungen, so weit sie überhaupt begriffsmäßiger

Arbeit fähig sind, stellen immer wieder irgend einen Raum der Erdoberfläche unter den politischen Gesichtspunkt. Denn wenn das sogenannte „natürliche Land“ nicht das Gebiet eines Staates ist, so sollte es wenigstens ein solches sein; darum strebt ein jeder Staat nach seinen natürlichen Grenzen: das ist es, worauf der Gedanke hinaus will. Sehr wohl! — Aber wie steht es nun mit der Nationalität? — Die Nation besteht aus den Eingebornen eines natürlich begrenzten Landes; und die natürliche Begrenzung? — nun, die richtet sich nach der Nation. — Wird der Leser ohne meine Hilfe den ganzen tiefen Sinn dieser Definition fassen können? — Italiener sind die Eingebornen Italiens. Italiener sind aber auch die Bewohner von Triest, Fiume und Dalmatien; also gehören Triest, Fiume und Dalmatien zu Italien. In diesen Gegenden leben aber neben dreißigtausend italienischen Italienern noch vier- bis fünfmalhunderttausend Morlacken und andere Südslaven; und weil diese Gegenden zu Italien gehören, so sind diese Leute ebenfalls Italiener. Weil aber ferner die nämlichen Morlacken und anderen dalmatinischen Südslaven auch die angrenzenden Gebiete der Türkei bewohnen, so gehören diese Gebiete ihrerseits auch zu Italien, und so läßt sich die Zwidmühle weiter spielen. Freilich könnten wir Deutschen die Sache ebenso machen; aber dazu ist unsere Logik zu gewissenhaft und unsere Politik, sofern wir eine haben, zu logisch.

Wollen wir einen bestimmten Sprachgebrauch festsetzen, so ist die Nation das politisch organisierte Volk sammt seiner Regierung. Innerhalb der Nation aber bilden Volk und Regierung einen organischen Gegensatz, in welchem das Grundgesetz des politischen Lebens besteht. Indem in einer Menschenherde — denn mehr ist die bloße ethnographische Stammeseinheit noch nicht — Volk und Regierung aneinander und in organische Wechselwirkung treten, entspringt der Staat und mit dem Staate die Nation. Zur Nation aber kommt im Staate noch das Gebiet oder Territorium hinzu, und die Nation mit ihrem bestimmten Territorium macht erst den Staat aus. Das Volk aber, für sich allein und außer dem politischen Verhältnisse zu seiner Regierung gedacht, ist nichts als eine Vielheit von Privatpersonen. Das Territorium des Staates ist also wohl Nationalgebiet, aber keineswegs Volksgebiet, denn es ist Eigenthum der Nation als eines politisch organisierten Ganzen. So z. B. wird es keinem vernünftigen Menschen einfallen, zu sagen, die britischen Inseln oder die britischen Kolonien gehörten dem englischen, schottischen und irischen Volke, sondern sie gehören der britischen Nation. Volkseigenthum ist Privateigenthum; Nationalitätseigenthum dagegen ist öffentliche Eigenthum, welches der Nation als einem politischen Ganzen einheimisch und untheilbar zugehört. Solches Eigenthum ist das Staatsgebiet, und keineswegs kann die Bevölkerung einer Provinz aus den von ihr bewohnten Raum ein besonderes Territorialrecht in Anspruch nehmen. Will die Bevölkerung einer Provinz sich einem anderen Staate anschließen, so muß sie auswandern; will sie einen eigenen Staat gründen, so muß sie eine Kolonie anlegen: der Theil eines Staatsgebietes, welchen sie bis dahin bewohnt hat, bleibt Eigenthum der Nation, aus der sie ausscheidet. Das ist das staatsrechtliche Verhältniß, welches nur auf zweierlei Weise abgeändert werden kann, entweder durch eine von der ganzen Nation freiwillig gutgeheißene Gebietsabtretung, oder durch eine mit Gewalt abgezwungene Gebietsabtretung.

Wenn also die Italiener sagen: „Italien gehört den Italienern!“ so sagen wir: „Ja, so weit ein italienischer Staat reicht!“ keinen Schritt weiter! — und da, wo ein deutscher Staat anfängt, gehört es den Deutschen; oder vielmehr: Italien gehört freilich den Italienern, aber da, wo ein deutscher Staat an-

\*) „Deutschland, Oesterreich und Venedig von Julius Fröbel. München, Fleischmann 1861.“



## Deutschland.

fängt, hört Italien auf. Die Namen der Länder haben in verschiedenen Zeiten, in sehr verschiedenen Raumansordnungen gegolten und der Raum, von welchem neuerdings die italienische Nationalbewegung ausgegangen ist, wurde bekanntlich von den Römern und Galliern gerechnet. Nicht als italienisches Land soll das Festungsviereck bei Oesterreich bleiben, sondern Venedig muß logischer Weise als deutsches und nicht als italienisches Land betrachtet werden. Die Nation reicht nirgends weiter als ihr Staat. Darüber hinaus ist sie ein Wunsch, ein Gelüste, auf welches sich keine Territorialrechte gründen lassen.

## Oesterreich.

**Wien.** Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna haben 100 fl. zu Gunsten der Waisenmädchen im Armenhause zu Venedig im Venetianischen allernachstgütigst spendet.

**Wien.** 5. März. Den verfügbaren Beamten der aufgelösten Kreisbehörden und den Kreisforstbeamten in Tirol, deren Begünstigungsjahr mit Ende April d. J. abläuft, ist mit einer in diesen Tagen erlassenen Allerhöchsten Entschiedenheit Sr. k. k. Apostolischen Majestät ein weiteres Begünstigungsjahr bis Ende April 1862 allernachstgütigst bewilligt worden.

**Wien.** 3. März. In der Nacht v. 26. Februar sollen an mehreren Plätzen Padua's gedruckte Plakate vorgefunden worden sein, worauf in Lapidarschrift stand: „Es lebe der Friede! Machen wir den Völkern ein Ende! Nieder mit den falschen Patrioten, dem Ruin der Familien!“

— Bei Verathung der Landeswahlordnungen soll die Frage aufgetaucht sein, ob in die Kategorie Derjenigen, welche im Vollgenusse bürgerlicher Rechte sind, auch die Israeliten in Galizien zu zählen seien, welche keine Unterrealschule oder Gymnasium absolvirt, und die daher keinen Grundbesitz erwerben können. Der gesamte Ministerrath hat sich dahin erklärt, daß die Beschränkung eines Possessionsrechtes durchaus nicht darunter verstanden werden könne, und daß daher in Galizien auch jene Juden, die kein Possessionsrecht haben, wahlberechtigt sind, wenn sie sonst einer der wahlberechtigten Kategorien angehören.

— Die Wahlen zum ungarischen Landtag haben begonnen. In dem Wahlbezirk von Kun-Ezt-Mittlös wurde Dionysius Vitrag und in jenem von Nagy-Rörös Odeon Tanarky — nach einer Dovesche des „Wanderer“ — zum Abgeordneten gewählt.

— Das Abendblatt der „Wiener Zeitung“ enthält eine Entgegnung auf einen Korrespondenzartikel der „Times“, welcher die k. k. Regierung beschuldigt, daß zu Villafranca mit der kaiserlich französischen Regierung getroffene Uebereinkommen bezüglich der in die k. k. Staaten zurückkehrenden Individuen der „piemontesisch-ungarischen Region“ des Jahres 1859 nicht eingehalten zu haben.

Dieser „tendenziösen Entstellung der Wahrheit“ gegenüber, bemerkt die „Wr. Ztg.“, die österreichische Regierung sei wohl eine Verbindlichkeit in Bezug auf „eine straflose Rückkehr“ eingegangen, aus diesem Zugeständnisse könne jedoch keineswegs die Enthebung jener Individen von allen Unterthanenpflichten (worunter doch offenbar auch die gesetzliche Militärpflicht gehört) nicht abgeleitet werden, die österreichische Regierung sei daher vollkommen in ihrem Rechte gewesen, als sie von den 3000 Köpfe zählenden Revertenten zwölf zum aktiven Truppendienst verwandte.

**Verona.** 27. Februar. Der „Cent. Bresc.“ wird geschrieben, daß am 24. Febr. bei dem äußersten Fort von Pechiera ein Franzose verhaftet wurde, der, schon ein Mal wegen mangelhafter Ausweispapiere an der Grenze zurückgewiesen, einen zweiten Versuch machte, dieselbe zu Fuß zu passiren und auf die Schildwache, welche sich ihm in den Weg stellte, einen Revolver abfeuerte. Man fand kompromittirte Papiere und verschiedene Landkarten bei ihm. — In Riva di Trento wurden sechs junge Leute aus angesehenen Familien verhaftet, welche im Begriffe waren, zu emigriren. — Unter den in Vordenone Verhafteten befindet sich auch der Gutsbesitzer Conte Genicio.

**Naab.** 3. März. Der Seelsorger der hiesigen evangelischen Gemeinde, Alexander Horvath, hat von der Kanzel herab die Gläubigen zur Einzahlung der Steuer aufgefordert.

**Aus Jazygien.** 2. März. Dem „Sajo“ wird von Galas über einen bedeutenden Konflikt berichtet, der zwischen der Bevölkerung und dem Militär am 25. v. M. stattfand. Veranlassung desselben war ein Soldat, der sich in die Hände zweier Leute mischte und einen derselben mit dem Säbel arg zuriethete. Das Volk wollte nun Revanche an dem Soldaten nehmen, dieser aber lief davon; das Volk verfolgte ihn bis in ein Haus, wo er sich unter den Schutz einquartirter Soldaten stellte. Nunmehr sammelten sich größere Schaaren Reuziger vor dem Hause, welche die Ausrückung oder sofortige Bestrafung des Soldaten forterten, bis eine Abtheilung Kavallerie ausrückte, die das Volk mit der flachen Säbelklinge angriff, wobei es gleichfalls einige Verwundungen gegeben hat.

**Berlin.** 1. März. Die Ueberreichung des Hosenband-Ordens an den König Wilhelm durch die Deputation, an deren Spitze der Marquis v. Breda-bane steht, wird auf sehr feierliche Weise in etwa sechs Tagen hier stattfinden. Der Marquis hat in keiner Weise irgendeine diplomatische Sendung, sondern derselbe vertritt bei der Uebergabe des Hosenband-Ordens lediglich J. M. die Königin von Großbritannien.

**Berlin.** 3. März. Gelegentlich der Debatte über eine Petition aus Stettin, welche die Frage der deutschen Einheit berührte und welche Herr v. Vincke benutzte, um die Politik Oesterreichs in der bestmöglichen Weise anzugreifen, gab der Minister des Innern, Graf Schwerin, folgende Erklärung: „Die deutsche Politik der Regierung beruhe auf der Kenntnis des Bedürfnisses, auf der Achtung vor den Rechten Aller, auf der Wahrung des eigenen Rechts, auf dem tiefen Bewußtsein, daß insbesondere in so gefährlichen Zeiten, wie die jetzigen, die Einigkeit der deutschen Regierungen höher stehe als die Einigung (Bravo links); sie beruhe auf dem Bewußtsein, daß die Einigkeit in dem Zusammengehen der beiden deutschen Großstaaten liege, und es sei deshalb das eifrige Bemühen der Regierung darauf gerichtet, das Einverständnis mit den deutschen Bundesstaaten zu bewahren; aus diesem Grunde habe die Regierung auch mit Fremden die freie Bewegung in Oesterreich begrüßt. (Bravo.) Im Verlaufe der Diskussion fügte Graf Schwerin hinzu, diese seine Ausführungen seien keineswegs „diplomatische Redensarten“ (wie Herr v. Vincke sich ausgedrückt hatte), und er glaube, die Gesichtspunkte der preussischen Regierung in Bezug auf Deutschland und Oesterreich präzisirte genug ausgedrückt zu haben. „Die Regierung“, so schloß er, „treibt keine Konjunkturalpolitik, sondern eine bestimmte positive Realpolitik, welche in Erwägung zieht, was in jedem Augenblick dem Interesse Preußens und den damit zusammenhängenden Interessen Deutschlands entspricht. Wir gehen mit Oesterreich so lange es uns bequem ist und die Interessen Preußens es erfordern und wünschenswerth machen. Wir wollen Preußen stark im Innern, um den möglichen Gefahren, die von Außen drohen — ich verwahre mich dagegen, von bestimmten nahen Gefahren zu sprechen — begegnen zu können. In Zeiten, wie die jetzigen, muß Deutschland auf seiner Hut sein, und dies kann es nur sein, wenn es mit Oesterreich Hand in Hand geht. In diesem Sinne habe ich Oesterreichs Entwicklung mit Freuden begrüßt. So fasse ich die Politik der freien Hand auf, daß Preußen sich von fremden Händeln fern hält und auf dem Plage ist, wo es gilt, für seine Interessen zu handeln.“

## Italienische Staaten.

**Neapel.** 23. Februar. Die Polizei ist den 633 entsprungenen Galeeren-Sträflingen auf der Spur, welche durch die sträfliche Mischung der Gefangenen während der Diktatur Garibaldi's entwichen konnten. Alle Jene, welche man bisher einbringen konnte, waren als Garibaldi'sche Kapitäns gekleidet.

## Frankreich.

**Aus Paris** wird geschrieben: Das Geheimniß, welches über der Angelegenheit Mirès schwebt, läßt sich immer mehr und wie es scheint, kennt wenigstens Jules Favre mehr von dem Inhalt des Mirès'schen Geheimbuches, als den Tuilerien lieb sein dürfte. Herr Mirès soll die „Geschenke“, welche er den kaiserl. Freunden spendete, unter der Form „Benefize an der Börse“ den Betreffenden eingehändigt und darüber Quittung erhoben haben. Durch Vergleich mit den Büchern läßt sich leicht nachweisen, daß diese „Börsegewinne“ nichts als Geschenke waren. Wer die besonders kompromittirten sind, ist bis jetzt noch ein öffentliches Geheimniß. Der Finanzminister läßt Herrn Mirès Vertheidigung auf das Eifrigste, die Herren Baroche und Morin dergleichen und mehrere andere Persönlichkeiten ähnlicher Art sollen Mirès eine auf fallende Theilnahme widmen. Dem verhafteten Banquier wurden in Mazas zwei aneinanderstoßende Zellen eingeräumt; in der einen schläft er, in der andern arbeitet und empfängt er. Der Ziegelboden ist mit einem Teppich von Aubusson bedeckt und die halbvermauerten Fenster sind mit dichten Vorhängen versehen. Ueber seinen Zustand verlautet Folgendes: „Er schreibt in einem fort und macht tausend Projekte, eines toller als das andere, so daß man nicht daran verzweifelt, alles auf Rechnung seiner Berrücktheit zu setzen. Seit drei Tagen, heißt es ferner, verweigert Mirès, Nahrung zu sich zu nehmen und man ist um sein Leben besorgt.“ Wie die „R. Z.“ erzählt, sieht die Sache des Herrn Mirès schlimmer, als seine ärgsten Feinde es abnen konnten.

Die Pariser Advokaten veröffentlichten in der „Gazette des Tribunaux“ ein Memoire, laut welchem eine Verschwörung gegen das Leben des Kaisers nur als politisches Verbrechen zu gelten habe und demnach Ledru-Rollin von der Amnestie Gebrauch

machen könne. Die Regierung will jedoch diesem ihrem gefährlichsten Gegner die Rückkehr nach Frankreich nicht gestatten; trotzdem sollen aber die republikanischen Deputirten im corps legislatif einen Antrag einbringen, daß Ledru-Rollin die Rückkehr nach Frankreich gestattet werde.

## Großbritannien.

**London.** 28. Februar. Die Nachrichten, welche vor Kurzem die Journale über den von Kossuth hier veranstalteten Banknotendruck brachten, waren vollkommen richtig. Am 23. d. M. war Graf Apponyi, der hiesige österreichische Gesandte, von der Regierung benachrichtigt worden, daß sie, dem Gutachten der Kronadvokaten zufolge, nicht im Stande sei, einzuschreiten. Er hatte dies an demselben Tage telegraphisch nach Wien gemeldet und war von dort am 26. angewiesen worden, im Namen des Kaisers von Oesterreich die erforderlichen gerichtlichen Schritte zu thun, um den Druck zu sistiren und dem Drucker die Verabfolgung der bereits gedruckten Noten an Kossuth bis auf weitere gerichtliche Entscheidung zu untersagen. Dieser Weisung folgend, hat der Gesandte einen Prozeß eingeleitet, der unter dem Namen „Der Kaiser von Oesterreich wider Day“ schedulirt ist. Die Firma Day und Sons hat nämlich den Druck für Kossuth besorgt und der erste Schritt ist gestern gegen sie geschehen, indem Sir H. Cairns im Namen des Klägers eine Einstellung des Druckes und der Ablieferung besagter Banknoten beantragte, die ihm auch vom Vizekanzler bewilligt wurde. Das betreffende Affidavit des österreichischen Gesandten lautet der Hauptsache nach dahin: der Kaiser von Oesterreich besitze als König von Ungarn allein und ausschließlich das Vorrecht, in Ungarn Banknoten als Währungszeichen auszugeben oder überhaupt irgend ein zur Zirkulation in Ungarn bestimmtes Dokument mit dem Landeswappen zu versehen. Demgemäß bestche fast alles in Ungarn gegenwärtig zirkulirende Geld aus Noten der österreichischen Nationalbank, die unter der Autorität des Kaisers von Oesterreich als Königs von Ungarn ausgegeben worden seien. Dagegen hätten die Herren Day und Sons Platten hergerichtet, um vermittelst ihrer Dokumente zu drucken oder zu lithographiren, die als ungarische Staatsnoten gelten sollten und bestimmt seien, in Ungarn als Geldzeichen in Umlauf gesetzt zu werden, und zwar habe, so viel Kläger wisse, Ludwig Kossuth diese Noten bei den hier angeklagten Druckern bestellt. Letztere hätten sich verbindlich gemacht, solche Noten — meist Einguldennoten — im Betrage von mehr denn 100 Millionen Silbergulden herzustellen und dieselben im Laufe der gegenwärtigen Woche an Ludwig Kossuth abzuliefern, der sie ohne Zweifel in Ungarn um jeden Preis absetzen und nebst anderen Zwecken vermittelst derselben eine Revolution in Ungarn zuwege bringen wolle. Wogegen der Kaiser von Oesterreich eine Klage anhängig mache, insofern er den Drucker zur Herstellung dieser falschen Noten und zum Gebrauche des ungarischen Wappens nicht ermächtigt habe. Die Suspension des Druckes und der Ablieferung wurde, wie oben bemerkt, bewilligt, aber das gerichtliche Einschreiten geschah wahrscheinlich zu spät, um die Ablieferung ganz verhindern zu können. Der Druck dauert schon viele Wochen, und über 30 Millionen Gulden waren vor acht Tagen fertig. Ob sie sofort an Kossuth abgeliefert wurden oder sich noch in den Händen der Drucker befinden, wird wohl der weitere Verlauf des Prozesses zeigen.

**London.** In der Sitzung des Unterhauses vom 28. Februar fragte Fitzgerald den Staatssekretär des Auswärtigen, ob etwas von einer Note zu seiner Kenntnis gelangt sei, die Fürst Labanoff angeblich über den Bericht des Großvezirs in Betreff der von den Christen erhobenen Beschwerden an den türkischen Minister des Auswärtigen gerichtet habe, ferner, ob diese Note von dem französischen Gesandten unterstützt worden sei und ob ihr Inhalt und die darin enthaltenen Forderungen der Pariser Konferenz unterbreitet werden sollten. Sir J. Ferguson thut Syriens Erwähnung und meint, wenn andere Mächte sich nicht in's Mittel legen, so werde die französische Okkupation auf unbestimmte Zeit fort dauern. Dem Parlamente geizte es, an die Regierung die dringende Aufforderung ergeben zu lassen, daß sie einschreite. Die französische Einmischung sei unnöthig, dem türkischen Volke gegenüber grausam und drückend, den türkischen Truppen gegenüber beleidigend gewesen. Loyard bemerkt, er theile im Allgemeinen die auswärtige Politik der Regierung. Die Okkupation Syriens aber sei eine Frage von so ungeheurer Wichtigkeit, daß er nicht umhin könne, es gerade heraus zu sagen, daß er die Konvention als ein höchst unglückliches Ereigniß betrachte. Beim Ausbruche der Unruhen im Libanon seien die Maroniten der schuldige Theil gewesen. Vor 22 Jahren habe er in den Thälern des Libanon eine betriebsame und glückliche Bevölkerung gesehen. Jetzt herrsche dort Verwüstung, Brand und Mord, und was sei der Grund? Fremder Egoismus und fremde Ränke. Der Konvention müsse sofort ein



Ende gemacht werden. Man müsse es den Türken überlassen, das Land zu regieren, und wenn diese dazu nicht im Stande seien, so möge man das Land sich selbst regieren lassen.

Vord. J. Russel meint, man müsse sich davor hüten, Anklagen gegen die französische Regierung oder gegen das französische Heer in Syrien zu erheben, wenn man nicht die schlagendsten Beweise dafür habe. Die türkische Regierung habe, wenn auch mit Widerstreben, in die Konvention gewilligt, weil, wenn die Blutszenen in Syrien fortgedauert hätten und es auch in anderen Theilen der Türkei zu Christenverfolgungen gekommen wäre, zum Mindesten einige der europäischen Mächte gewaltsam eingeschritten sein würden. Die französische Regierung habe von Anfang an erklärt, wenn irgend eine andere europäische Macht an der Okkupation theilnehmen wolle, so habe sie nichts dagegen, und er glaube, daß dieß aufrichtig gemeint gewesen sei. Eine gemeinschaftliche Okkupation würde jedoch ernstliche Uebel im Gefolge gehabt und zu Streitigkeiten geführt haben, da die Maroniten auf die Franzosen und die Drusen auf die Engländer als ihre Beschützer blickten. Was das Verhalten der französischen Truppen anbelange, so stimmten leider alle Berichte, die er aus Syrien erhalten habe, darin überein, daß die Maroniten unter dem Schutze der französischen Streitkräfte im Libanon sich an Denen, die sie für ihre Feinde hielten, gerächt und Greise, Weiber und Kinder ermordet hätten. Ein fremdes Heer aber befände sich in der mißlichen Lage, daß, wenn der Befehlshaber sich nicht einmische, man ihm nachsage, er sanktionire durch sein unthätiges Zusehen verbrecherische Handlungen; daß man ihm hänge, wenn er Truppen absende, um die Frevel der Justiz zu überantworten, vorwerfe, er nehme die Autorität des Sultans in seine Hand. Dieses Dilemma sei die Folge der fremden Okkupation und ein Grund, weshalb man nicht ihre Fortdauer, sondern ihr Aufhören wünschen müsse. In der Konferenz habe der französische Minister erklärt, wenn die französischen Truppen abzögen, so würden die Missethäter von Neuem beginnen, während der türkische Gesandte den Glauben ausgesprochen habe, daß die Ruhe wieder hergestellt sei und kein Grund vorliege, weshalb nicht die Okkupation an dem ursprünglich festgesetzten Zeitpunkt aufhören sollte. Der österreichische Gesandte habe eine Verlängerung der Frist für ratsam gehalten und die Ansicht ausgesprochen, daß es wünschenswerth sei, wenn die französischen Truppen bis 1. Mai blieben. Der türkische Gesandte habe die Nachricht von diesem Vorschlage an seine Regierung abgesandt, und so stehe die Sache gegenwärtig.

**London, 1. März.** Ueber den im Namen des Kaisers gegen die Lithographen Dry & Söhne und mittelbar gegen Kossuth anhängig gemachten Prozeß äußert sich „Herald“ in folgender Weise: Wir müssen unser tiefgefühltes Bedauern aussprechen, daß die Revolutionszwecke theilweise vermißelt eines rüßigen Betruges, nämlich durch eine betrügerische Notenausgabe von großem Betrage, angestrebt wird. Diese Noten sind wertloses Papier für Jedermann, es müßte sie denn irgend eine Regierung bald einlösen. Sie sind mit dem ungarischen Wappen gestempelt, das gegenwärtig ausschließlich Eigenthum des Kaisers von Oesterreich ist, und sind schon in dieser Beziehung gefälschte Dokumente. Sie enthalten überdies folgende Aufschrift: „Diese Note wird in jedem ungarischen Staats- und Zahlungsamt als ein Gulden Silber — der Gulden zu drei Zwanzigern gerechnet — angenommen und dieser angegebenen Werth vom Staate garantiert werden.“ Mehr Unwahrheiten in wenigen Worten auszusprechen ist kaum möglich. Wer diese Noten ausgibt, muß doch wissen, daß sie von keiner jetzt existirenden Staatskasse angenommen werden. Der Betrag liegt klar zu Tage.

### Erfrenliche Zunahme der Zucker-Erzeugung aus Runkelrüben in Oesterreich.

**Dr. H. C.** Zu einer Zeit, da die Fabriken zur Erzeugung des Zuckers aus ausländischem Rohzucker in Oesterreich noch stark und mächtig und gleichsam unantastbar dastanden, wurde in diesem Blatte (vom Jahre 1852) in einem längeren Artikel „zur Finanzfrage“, mit Hinweisung auf die außerordentlich günstigen Resultate der Zuckererzeugung aus Runkelrüben in Frankreich, Belgien und in den Zollvereinsstaaten unter anderem ziffermäßig gezeigt, welcher große Vortheil für den österreichischen Staat es wäre, wenn auch hier der ausländische Zucker, für welchen so viel Geld außer Landes geht, durch inländischen, namentlich durch Runkelrüben-Zucker ersetzt würde. Wir finden nun in der, vom Rechnungs-Departement des k. k. Finanz-Ministeriums zusammengestellten „Uebersicht der Waren-Ein- und Ausfuhr im Sonnen-Jahre 1860“, unsere damalige Aufstellung und Hoffnung zu unserer großen Befriedigung verwirklicht, indem der ausländische oder Rohzucker

seit dem Jahre 1855 her durch den, im Inlande erzeugten Runkelrübenzucker immer mehr verdrängt wurde, denn wiewohl das, für inländische Raffinerien eingeführt werdende, ausländische Zuckermehl seit 1. März 1856 eine fernere Zollbegünstigung von 1 Gulden per Zentner genießt, so sind gleichwohl im eben genannten Jahre nur 653,173 Ztr. Zucker eingeführt worden, während die Einfuhr im vorangegangenen Jahre 1855, 730,720 Ztr. betrug; sie sank 1857 auf 465,928 Ztr., und nieg zwar 1858 auf 505,903 Ztr., fiel aber 1859 auf 172,974 Ztr., und im J. 1860 vollends auf 35,152 Ztr. im ähnlich angenommenen Werthe von 386,672 fl. Dieser Werthbetrag läßt berechnen, welche große, viele Millionen betragende Summe Geldes vorhin für diesen einzigen Artikel aus Oesterreich ging, nunmehr aber zu vielseitigem Gewinn und Vortheile im Lande bleibt. Der inländische Zucker deckt bereits, wie die oben genannte „Uebersicht der Waren-Ein- und Ausfuhr von 1860“ sagt, fast den ganzen Bedarf des Inlandes, und es wurden im letztverflossenen Jahre in Folge der, seit 1. Jänner 1860 in's Leben getretenen Bestimmung, wornach bei der Ausfuhr des Raffinadzuckers und Zuckermehls der größte Theil des Zolles oder der Verbrauchsabgaben restituirt wird, bereits österreichische Zuckerzeugnisse ausgeführt. Diese günstige Erscheinung, und die so bedeutend verminderte Einfuhr des ausländischen Zuckers und das rasche Aufblühen der inländischen Runkelrüben-Zucker-Fabriken haben wir freilich wohl zunächst dem leidigen Mangel an flingender Münze zuzuschreiben, welche uns im letzten Decennium das Ausland für seine Erzeugnisse so massenhaft abgenommen hat. Wir wollen jedoch hoffen, daß, wenn der innere und äußere Friede eine Ordnung und Besserung der Finanzen des Staates gestatten und das ersparte Metallgeld wieder hervorgerufen und auf den Markt bringen wird, die Runkelrübenzucker-Erzeugung im Inlande, welche bereits so festen Fuß gefaßt hat, fortin bestche und immer mehr aufblühen, sofort das schöne Geld für diesen und hoffentlich auch für mehr andere Artikel nicht wehr so massenhaft außer Land gehen werde.

### Vermischte Nachrichten.

Für den weißen Elephanten des Königs von Siam ist ein Lyoner Haus mit Anfertigung des Sattelzeuges betraut worden. Ein eigener königlicher Abgeordneter, welcher aus der Schatzkammer des Reichs 1760 erlesene Edelsteine mitbrachte, überwacht die Arbeit, welche in Gold und Juwelen die Hauptmomente der buddhastischen Mythologie darstellt.

Aus London wird geschrieben, daß dort in den letzten acht Wochen zwölf Mädchen in Folge ihrer Krinolinen verbrannt sind, indem ihre Kleider wegen des großen Umfanges am Ramin Feuer fingen. Ferner entzündete sich bei einer fashionablen Abendunterhaltung im Westend das Kleid einer Dame am Ramin und im Nu standen acht Damen in Flammen, da die Kleider einander berührten; zwei dieser Opfer der Krinolinen aus der vornehmsten Welt Londons liegen hoffnungslos darnieder und die übrigen werden auf Lebenszeit entstellt bleiben. Nach den Forschungen eines Arztes sind allein in England seit der Einführung der Krinolinen schon ungefähr 180 Mädchen und Frauen durch diese Tracht dem Feuertode überliefert worden!

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Urad, 3. März.** In der gestrigen Generalversammlung des Komitates wurde der Beschluß gefaßt, durch Repartition auf sämtliche Steuerpflichtige die Auslagen des Komitates zu decken; ferner die Deputirten für den nächsten Landtag zu beauftragen, nur nach Pest zu gehen.

**Pesth, 3. März.** Der Index-Curiae Apponyi und der Laverneus Mailath gehen morgen nach Wien, um zu versuchen, Sr. Majestät in Sachen des Patentes vom 26. Februar der ungarischen Anschauung günstig zu stimmen.

**Berlin, 3. März.** Von der polnischen Grenze wird gemeldet: Sämmtliche Adelsmarschälle des königlichen Polen haben ihre Demission genommen, ihnen folgen alle in russischen Diensten stehenden Polen.

**Berlin, 3. März Abds.** Die „Neue Preussische Zeitung“ enthält eine Privatmittheilung aus Warschau,

wornach Fürst Gortschakoff die Adresse der Polen nach St. Petersburg telegraphirt haben soll. Die Antwort wäre jedoch ungünstig ausgefallen, die Nachgiebigkeit des Fürsten getadelt und der Belagerungszustand anbefohlen worden.

**Turin, 4. März.** Bezüglich Civitella's del Tronto berichtet ein Schreiben aus Ascoli an die „Opinione“, folgende Details: Kaum langte Mezzacapo in Ponzano an, so schickte er seinen Generalstabschef als Parlamentär, den Belagerten gleiche Bedingungen wie Oadria anbietend; die Unterhandlungen blieben erfolglos. Er ließ hierauf etwa zwanzig Kanonen auf die Tronto umgebenden Höhen bringen und eröffnete das Feuer; die Festung erwiderte energisch, denn die Belagerten haben 23 Stücke schweren Kalibers. Mezzacapo, dem Gerüchte Glauben schenkend, es sei unter den Belagerten Zwiespalt entstanden, ließ drei Kolonnen zum Angriffe gegen die drei Hauptthore vorrücken. Kaum hatten diese die Anhöhen erklommen und sich der Festung auf Schußweite genähert, als sie von einem so fürchterlichen Kartätschen- und Gewehrfeuer empfangen wurden, daß sie wieder den Rückzug antreten mußten. Jetzt werden die regelmäßigen Belagerungsarbeiten vorgenommen. In Civitella sind 300 Gendarmen, 100 Zivilgarden und etwa 100 andere Royalisten.

**Paris, 5. März.** Der heutige „Moniteur“ enthält einen Bericht des Justizministers Delangle über die Mißstände Angelegenheiten. Der Bericht bringt zur Kenntniß des Kaisers, es seien die Gerichte verbreitet, Mißstände werde durch seine Protektoren gerechtfertigt werden, die Regierung werde den Skandal unterdrücken. Der Minister sagt weiter, er könne nicht dulden, daß man einer ehrbaren Regierung zumuthe, einen Schleier über eine Angelegenheit zu werfen, welche möglicherweise dem Staatsgerichte anhängt. Die Untersuchung wird mit aller Sorgfalt verfolgt, man müsse Gedulo haben.

Delangle erklärt schließlich, die Justiz werde, falls wider Erwarten diese Anschuldigungen nicht aufhören, eine gerichtliche Verfolgung einleiten.

**Paris, 5. März.** Im gesetzgebenden Körper hat Jules Favre ein Amendement zur Adresse, auf Rückzug der Franzosen aus Rom vorgeschlagen.

### Program

der heute 5 Uhr Nachm. im Konferenzsaale des Gymnasiums stattfindenden Monats-Versammlung des historischen Vereins für Krain:

Dir. H. Costa: Die Aufgabe des Landtages des Herzogthums Krain im Grunde der historischen und nationalen Rechte und Ansprüche des Landes.

Dr. Ethb. H. Costa: Mittheilungen des Hrn. Ing. Leumüller über „Carsten“, „Römische Grab-Lampen“ und „Ourfelder Privilegien“.

Laibach, 7. März 1861.

Die Direktion des hist. Vereines für Krain.

### Getreid-Durchschnitts-Preise

in Laibach am 6. März 1861.

Ein Wiener Megen	Marktpreise		Magazins-Preise	
	in österr. Währ.			
	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen . . . . .	6	77	6	80
Korn . . . . .	—	—	4	83 1/2
Gerste . . . . .	—	—	4	7 1/2
Haber . . . . .	—	—	2	42
Halbfrucht . . . . .	—	—	5	30
Heiden . . . . .	—	—	3	78
Hirse . . . . .	3	78	3	72 1/2
Kulturz . . . . .	—	—	3	99

### Theater.

Heute, Donnerstag: „Der Kunstmeister von Nürnberg“, Schauspiel von Oskar v. Reckwitz.

Morgen, Freitag: „Ich bin nicht eifersüchtig“, Lustspiel; „Eine Gardinen-Predigt“, Pöffe; „Er bringt seine Tochter durch“, Schwank.

Ueberrnorgen, Samstag, zum Vortheile des Hrn. Kammarf.: „Die Kinder von Aspern“, Volksstück, zum ersten Male.

### Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Tag	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in P. L. auf 0° R. reduziert	Lufttemperatur nach Reaumur.	Wind	Witterung	Niederschlag binnen 24 Stunden Pariser Linien
5. März	6 Uhr Morg.	324.06	— 3.6 Gr.	N.	mittelm.	trübe
	2 „ Nachm.	325.53	+ 6.4 „	O.	stark	heiter
	10 „ Abds.	327.78	+ 1.4 „	O.	schwach	bedt
6. „	6 Uhr Morg.	328.37	+ 0.7 Gr.	N.	stark	heiter
	2 „ Nachm.	327.82	+ 5.8 „	O.	stark	heiter
	10 „ Abds.	327.47	+ 2.7 „	N.	stark	halbbeter



# Anhang zur Laibacher Zeitung.

**Börsenbericht.** Wien, (Mittags 1 Uhr) (Br. Stg. Abdt.) Ohne bestimmten Grund länger. Fortgesetzte Verkäufe von Gasompt-Bank-Aktien und ein stärkeres Ausgebot in Nordbahn-Aktien wegen abermals auftauchender Besorgnisse vor der Parallel-Bahn wiesen abschwächend auf die Kurse aller Papieregattungen. Gold und fremde Valuten stellten sich um 1% höher. Geld sehr flüßig.

Öffentliche Schuld.				Geld Markt				Geld Markt			
A. des Staates (für 100 fl.)											
In österr. Währung zu 5%	59.80	60.—		Böhmen	5	90.—	90.50	Galiz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl.	159.50	160.50	
5% Anleihe von 1861 mit Rückz.	85.—	85.5		Steiermark	5	86.—	86.50	G. M. m. 80 fl. (40%) Einz.	409.—	410.—	
National-Anleihen mit				Mähren u. Schleien	5	85.50	86.—	West Don.-Dampfsch.-Ges.	155.—	185.—	
30-jähr. Coup.	76.40	76.50		Ungarn	5	65.—	66.25	Österr. Lloyd in Triest	378.—	385.—	
National-Anleihen mit				Don. Ban., Kro. u. Slav.	5	63.—	63.75	Wien. Dampfm.-Akt.-Ges.	390.—	395.—	
April-Coup.	76.50	76.70		Galizien	5	62.—	62.75	Besther Kettenbrücken	161.50	162.—	
Metalliques	65.—	65.10		Siebenb. u. Bukow.	5	61.50	62.—	Böhm. Westbahn zu 200 fl.			
detto mit Mai-Coup.	65.50	66.70		Venetianisches Anl. 1859	5	89.—	89.50				
detto	64.—	65.50									
mit Verlosung v. J. 1839	109.75	110.—		Aktien (pr. Stück).				Pfandbriefe (für 100 fl.)			
" 1854	86.50	86.75		Nationalbank	733.—	735.—		Nationalb. 6-jähr. v. J. 1857	102.—	102.50	
" 1860 zu	81.—	81.25		Kredit-Anst. f. Handel u. Gew. zu				bank auf 10 " detto	97.—	98.—	
500 fl.	81.—	81.25		200 fl. d. W. (ohne Div.)	163.—	163.10		G. M. verlosbare	91.—	91.25	
zu 100 fl.	83.50	83.75		N. d. Gecomm.-Ges. 500 fl. d. W.	563.—	565.—		Nationalb. (verlosbare	86.80	87.—	
Gesamte Anleihe zu 42 L. austr.	15.50	16.—		K. Ferd.-Nordb. 1000 fl. G. M.	2141.—	2142.—		auf öst. W.			
B. der Kronländer (für 100 fl.)				Staats-Ges. 500 fl. G. M.	288.50	289.—		Vose (per Stück)			
Grundentlastungs-Obligationen.				oder 500 fr.	188.—	188.50		Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.			
Nieder-Österreich zu 5%	85.50	86.—		Kais. Gfz.-Bahn zu 200 fl. G. M.	107.50	108.—		zu 100 fl. d. W.	113.50	114.—	
Ob. Öst. und Salz.	87.—	87.50		Südnordb. Verb.-B. 200				Don.-Dampfsch.-G. 100 fl. G. M.	99.50	100.—	
				Südl. Staatsb.-lomb.-ven. u. Cent.				Stadigem. Dien zu 40 fl. d. W.	35.75	36.—	
				ital. Gfz. 200 fl. d. W. 500 fr.				Gfz. hazy	91.—	92.—	
				m. 100 fl. (50%) Einzahlung	190.—	191.—		Salm	36.—	36.50	
								Palffy	38.75	39.—	

Effekten- und Wechsel-Kurse			
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.			
Den 6. März 1861.			
Effekten.		Wechsel.	
5% Metalliques	65.—	Silber	148.75
5% Nat.-Anl.	76.30	London	149.75
Bankaktien	730.—	K. f. Dukaten	7.09
Kreditaktien	161.70		

**Fremden-Anzeige.**  
Den 5. März 1861.  
Hr. v. Weiß, k. k. Oberlieutenant, von Karlstadt. — Hr. v. Susann, k. k. Urbarialgerichtsrath, von Agram. — Hr. v. Parosich, Gutsbesitzer, von Gubur. — Hr. Winkelblech, Ingenieur-Eleve, von Steinbrück. — Hr. Simonetti, Grundbesitzer, von Gomena. — Die Herren Tauffig, Handelsmann, und — Gelo, von Wien.

Allen Jenen, welche die Leiche meiner herzlich geliebten Gattin zur letzten Ruhe-stätte begleiteten, statte ich in meinem und meiner tiefbetrübten Familie Namen meinen Dank ab, und zeige zugleich an, daß Freitag 8 Uhr Morgens das feierliche Requiem nach der Verbliebenen in der Franziskanerkirche abgehalten wird.  
Franz Ritter v. Kurz zu Churn und Goldenstein.

**Ausweis**  
über den Rechnungsabluß des krainischen Landes-Museums für das Solarjahr seit 1. Jänner bis letzten Dezember 1860.

Post-Nr.	Detailirung	Barschaft		Geldvorstellende Urkunden, als Stammvermögen:					
				Öffentliche Obligationen		Privat-Obligationen		Sparcasse-Büchel	
		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
1	<b>E m p f ä n g e:</b> Baut der, durch die Zeitung veröffentlichten Kundmachung war der Musealstand mit letztem Dezember 1859	265	67 1/2	12852	—	2992	50	622	05
	<b>In 1860:</b>								
2	An Interessen von Aktiokapitalien	785	67						
3	„ Beiträgen	298	95						
4	„ Vermächtnissen und Legaten	157	50						
5	„ Musealkapitalien	913	44						
6	„ Darlehensführungen	30	60						
7	„ neuangelegten Kapitalien und kapitalisirten Interessen	—	—	500	—	—	—	817	80
	<b>Empfangs-Summe</b>	2451	83 1/2	13352	—	2992	50	1439	85
	<b>A u s g a b e n:</b>								
1	Auf Besoldungen, Löhnungen und Deputate	113	—						
2	„ Beheizung, Beleuchtung und Reinhaltung	47	25						
3	„ Schreibmaterialien	15	80						
4	„ Postporto, Botenlohn und Frachtspeisen	—	60						
5	„ Inventarialgeräthschaften, Professionistenarbeiten und Baulichkeiten	3	44						
6	„ verschiedene Auslagen	78	64 1/2						
7	„ neu angelegte Kapitalien	1779	—						
8	„ Durchführungen	41	10						
9	„ zurückbezahlte Privatkapitalien	—	—			157	50	255	94
	<b>Ausgaben-Summa</b>	2078	83 1/2	—	—	157	50	255	94
	Wenn von den Empfängen pr. die Ausgaben abgezogen werden mit	2451	83 1/2	13352	—	2992	50	1439	85
		2078	83 1/2	—	—	157	50	255	94
	so zeigt sich mit Ende Dezember 1860 ein Musealstand von	373	—	13352	—	2835	—	1183	91

Anmerkung. Der Kassarest pr. 373 fl. öst. W. dient zur Beilegung der 1861er Kurrentauslagen, das Größtbringende wird kapitalisirt werden.  
Den P. T. Herren Vereinsmitgliedern steht es frei, die Detailrechnung bei dem Musealkassier und Rechnungsführer Michael Prögl beliebig einzusehen.  
Der Kassier und Rechnungsführer:  
**Mich. Prögl.**  
Laibach am 17. Jänner 1861.